Ausgabe 1

Unterhalb des Radars

Aus der öffentlichen Debatte verdrängt

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Hessen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit diesem 4-Seitenblatt, digital und auf Papier, wollen wir auf die mit den Corona-Maßnahmen einhergehende Beeinträchtigung von gesellschaftlichen Debatten als Voraussetzungen für Demokratie, für Mitbestimmung und für Gewerkschaften hinweisen.

In der HLZ 3/2021 wurde dies bereits von den vier an dem HLZ-Gespräch teilnehmenden Kolleg:innen unter dem Titel „Das Virus und die Demokratie“ zum Ausdruck gebracht.

Es sind mehrere Faktoren, die wichtige gesellschaftliche Themen quasi „unterhalb des Radars“ verschieben:

Die Bevölkerung wird ebenso wie unsere Kolleg:innen zu einer zeitraubenden, teilweise existentiellen Arbeits- und Lebensweise genötigt, welche für Auseinandersetzungen, Mitbestimmung und gewerkschaftliche Aktionen kaum noch Platz lassen.

Politik wird noch mehr denn je als alternativlos hingestellt, die durchaus vorhanden Alternativen werden schnell diskreditiert bis hin zur Diskriminierung von Kritiker:innen.

Vor allem aber, durch die Fokussierung der Medien auf das Thema Corona werden Weichenstellungen auf vielen Gebieten noch mehr aus dem Gesichtsfeld und erst recht aus der öffentlichen Debatte verdrängt.

Wir deuten hier schon einmal an, auf welchen weiteren Gebieten wir dies sehen.

Welchen Stellenwert hat die Bildung?!
Die weitgehende Schließung von Bildungseinrichtungen hat - wie voraussehbar - die sozialen Gegensätze weiter verschärft (von Inklusion gar nicht zu reden), was auch von der öffentlichen Meinung nicht bestritten wird. Aber es führt weder zu einer Grundsatzdebatte, wie dem zu begegnen sei, noch zu einer Verbesserung der Bildungsbedingungen.
Welchen Stellenwert hat eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung? Welchen Stellenwert hat die von den Gewerkschaften geforderte alternative Steuerpolitik?

Diese Ausgabe ist der Prototyp. Zur Mitarbeit an weiteren Ausgaben seid Ihr herzlich eingeladen.

Die Fragen von Krieg und Frieden

NATO-Manöver in Osteuropa
Im Februar letzten Jahres hatte die GEW eine Erklärung verabschiedet **und auf die Verpflichtung des Hessischen Schulgesetzes hingewiesen** gegen das im April und Mai 2020 geplante größte NATO- Manöver von Landstreitkräften in Europa seit dem Ende des Kalten Krieges (und das großenteils nur wegen Corona abgesagt wurde).

> „Die Schulen sollen die Schülerinnen und Schüler befähigen, in Anerkennung der Wertordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen … Menschen anderer Herkunft, Religion und Weltanschauung vorurteilsfrei zu begegnen und somit zum friedlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen beizutragen ...“
> (Hessisches Schulgesetz von 2018)

Bis zu 20.000 US-GIs sollten mit schwerem Gerät über den Atlantik und anschließend quer durch Europa an die russische Grenze transportiert werden. Erklärtes Ziel des Manövers war es, militärische Überlegenheit gegenüber Russland zur Schau zu stellen. Das würde Russland wiederum zwingen, eine Rüstungsspirale mitzumachen, von der wir der Meinung sind, dass sie der Vergangenheit angehören sollte.

Zur Einordnung
Weltweit steigen die Rüstungsausgaben in nie gekannte Höhen. Spitzenreiter bleiben die Länder der NATO, mit Militärbudgets von zusammen 1.040 Milliarden Dollar (2019). Russland kommt inzwischen auf 79 Milliarden Dollar, China auf zuletzt 266 Milliarden.

Besonders zynisch empfand es die GEW, dass ausgerechnet der 75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg für ein derartiges Manöver benutzt wird. Russland hatte mit 27 Millionen Toten die größte Opferzahl in dem von Deutschland begonnenen zweiten Weltkrieg zu beklagen. Mit dem Manöver DEFENDER 2020 werde das „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus“ des 8. Mai zu einer russischen Bedrohung umgekehrt.

Dazu passt, dass zwar weltweit der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945 durch die rote Armee gedacht wurde, aber in vielen deutschen

Medienberichten der Befreier gar nicht mehr erwähnt wird. Das war noch nie so auffallend wie dieses Jahr! Es ist zu vermuten, dass das für das NATO-Großmanöver von 2020 zunehmend aufgebaute Feindbild Russland wohl nicht beeinträchtigt werden sollte.

Die Bundesregierung ist auch unter dem neuen US-Präsidenten Biden konfrontiert mit der Forderung, das Militärbudget anzuheben. Dabei ist der deutsche Militäretat mittlerweile so hoch wie nie zuvor: 2021 wird er nach NATO-Kriterien über 53 Milliarden Euro betragen. Im Corona-Konjunkturpaket findet sich zudem ein Abschnitt, der konkret aussagt, dass in Höhe eines Projektvolumens von 10 Milliarden Euro Rüstungsprojekte gefördert werden sollen!

Am 22. Januar 2021 berichtet die Tagesschau: „Heute tritt der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft. 51 Staaten haben ihn unterzeichnet, aber unter anderem alle Atommächte fehlen - **und Deutschland**. Aktivisten haben dafür kein Verständnis. (…) 2017 hatten in der UN-Generalversammlung 122 der 193 Mitgliedsstaaten einen Vertrag zum Verbot aller Atomwaffen unterzeichnet. Heute, fast vier Jahre später, tritt er in Kraft, eben weil 51 Staaten ihn ratifizierten.“ Auch hier geht **kein** Ruck durch Deutschland!

Dies alles ist leider nur Teil einer höchst besorgniserregenden Entwicklung. Dazu gehören als weitere Unruhe-Punkte: Die Auseinandersetzungen um bewaffnete Drohnen als Kriegsmittel und um die offensive Verteidigung der ökonomischen Vormachtstellung der USA gegenüber China mit der Androhung eines neuen Kalten Krieges …

Atomwaffen sind verboten! | 22. Januar 2021

Heute ist eigentlich ein sehr bedeutsamer Tag für das internationale Völkerrecht…
Am heutigen Freitag, den 22. Januar 2021 tritt der UN-Vertrag für ein Verbot von nuklearen Massenvernichtungswaffen in Kraft (Atomwaffenverbotsvertrag), nachdem dieser bisher von über 80 Staaten der Welt unterschrieben und nun von 50 Staaten ratifiziert worden ist.

Initiator des Vorhabens ist das globale Bündnis ICAN - International Campaign to Abolish Nuclear Weapons. Der Atomwaffenverbotsvertrag wurde in der UN-Generalversammlung im Jahr 2017 bei 122 Zustimmungen mit nur einer Gegenstimme der Niederlande angenommen und ist nun rechtsgültig. Damit sind Atomwaffen verboten.

ICAN 2017 NOBEL PEACE PRIZE

Die historische Bedeutung dieses Tages muss allerdings leider eingeschränkt werden, daher das „eigentlich“ aus dem Einleitungssatz. Von Anfang an haben sich alle Atommächte gegen das Vorhaben positioniert, jedoch ohne in der Generalversammlung dagegen zu votieren. Die Anstrengungen für den Atomwaffenverbotsvertrag aller Staaten Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik und vieler asiatischer Staaten wurden schlichtweg ignoriert oder als unrealistisch abgetan …

Auch die Bundesregierung torpediert die Bemühungen der UN-Generalversammlung und verweist auf den bereits bestehenden Atomwaffensperrvertrag, wohlwissend dass dieses Dokument keinen Beitrag zur nachhaltigen Reduzierung der Atomsprengköpfe bis hin zu deren kompletten Abschaffung liefert. Wie beim Klimaschutz zeigt sich hier, dass wirklich konsequente Ansätze abgelehnt und stattdessen unverbindliche Abkommen mit bloßen Absichtserklärungen bevorzugt werden (vgl. das Pariser Klimaabkommen).

Die GEW Hessen unterstützt die Abrüstungsbemühungen und den Einsatz gegen Rüstungspolitik und Waffenlieferungen. Für den Unterricht in der Schule bietet sogar das Hessische Schulgesetz genügend Anknüpfungspunkte (Stichwort „Friedenserziehung“).

Eine kleine Delegation der GEW Wiesbaden nahm an der dezentralen Demonstration in Frankfurt im Rahmen des bundesweiten Aktionstages am 5. Dezember 2020 gegen Aufrüstung teil. Anlass war die Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2021 mit den „Verteidigungsausgaben“ als zweitgrößtem Posten - 46,8 Milliarden Euro!

Darüber rufen wir auf zum Ostermarsch 2021, um den Forderungen der Friedensbewegung Ausdruck zu verleihen:

- Nein zur Erhöhung der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts!
- Kriegs- und Fluchtursachen beseitigen, Waffenexporte verbieten!
- Atomwaffenverbot durchsetzen! Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags auch durch Deutschland!

Zum Weiterlesen | Buchempfehlungen

Michael Lüders: Never Say Anything.
C.H. Beck Verlag.

Der bekannte Autor und Orientalist Michael Lüders, Verfasser u.a. von „Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet.“, hat 2016 mit Never Say Anything einen spannenden Thriller abgeliefert, in dem sowohl Vorgehensweise, Hintergründe und Folgen weltweiter bewaffneter Drohneneinsätze als auch die Frage nach der Unabhängigkeit und Neutralität v.a. der „klassischen“ Printmedien gleichermaßen spannend wie provokativ thematisiert werden.

Noam Chomsky: Rebellion oder Untergang!
Ein Aufruf zu globalem Ungehorsam zur Rettung unserer Zivilisation.

In seinem neuesten Buch macht Chomsky noch einmal auf die aus seiner Sicht zwei größten Bedrohungen für den Planeten bzw. die menschliche Zivilisation aufmerksam; neben dem Klimawandel die atomare Bedrohung, die vielen aus dem Blick geraten ist. Dabei zeigt seine Analyse klar, dass es „fast ein Wunder ist, dass es in den letzten 70 Jahren noch nicht zur Katastrophe gekommen ist und wir uns keineswegs darauf verlassen können, dass dieses Wunder sich weiter fortsetzt.“

Zum Informieren | Organisationen und Informationen zum Thema im Internet

Auf der Homepage der GEW Hessen befindet sich unter www.gew-hessen.de/bildung/schule-themen/bundeswehr-raus-aus-bildung-friedensarbeit/ auch eine Seite mit Friedensthemen. Hier finden sich Informationen sowie Links zu verschiedenen Vorträgen, Dokumentationen sowie auch verschiedenen NGOs, die sich im Themenfeld „Militarismus“ bewegen.

Besonders hervorzuheben ist die „Informationsstelle Militarisierung“ aus Tübingen: . Der gemeinnützige Verein möchte mit fundierten Analysen und Informationen einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten. Sie verstehen sich dabei als ein Mittler zwischen der Friedensbewegung und der wissenschaftlichen Bearbeitung von Konflikten und Konfliktkonstellationen durch die Wissenschaft.

Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hessen
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt | Tel. 069–971293-0

info@gew-hessen.de | www.gew-hessen.de

Redaktion:
Herbert Storn und Tony C. Schwarz

Titelbild: Matthew Tenbruggencate, www.unsplash.com